Mehr Kernkraft und kein Kopftuch

NRW im Jahr 2025: Experten legen Empfehlungen vor. Einige Tabuthemen. Rüttgers befürwortet "Mindesteinkommen für alle

VON JOHANNES NITSCHMANN Düsseldorf. NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) strahlte mit dem Scheinwerferlicht um die Wette, als er gestern den 180-seitigen Abschlussbericht der von ihm eingesetzten "Zukunftskommission" vor die Kameras hielt. "Das war nicht die erste Zukunftskommission in Deutschland, aber es war die beste", lobte der CDU-Regierungschef die Arbeit der 23 prominenten Mitglieder, die beinahe das gesamte deutsche Polit-Spektrum abdecken.

Unter dem Vorsitz des FDP-Vordenkers Lord Ralf Dahrendorf haben sich so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der CDU-Wirtschaftsexperte Friedrich Merz, RWE-Vorstandschef Jürgen Großmann, der Regisseur Jürgen Flimm, der Grünen-Mitbegründer Hubert Kleiner! und die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer ein Jahr lang den Kopf über die Zukunft des bevölkerungsreichsten Bundeslandes zerbrochen. "Hier haben sehr eigenwillige Köpfe sehr eigenständig untereinander diskutiert", erklärte der stellvertretende Kommissions-vorsitzende Bodo Hombach, langjähriger SPD-Parteistratege und Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe. Warnung vor Akademiker-Exodus Mutmaßungen der rot-grünen Opposition, der Zukunftsbericht "Innovation, Beschäftigung, Leben", diene vor dem Landtagswahljahr vor allem der Zukunft des Ministerpräsidenten und seinem Image, wies Hombach zurück: "Die Partei, die man darin sucht, die gibt es gar nicht." Das Papier lege "den Finger auf relevante Probleme", verzichte auf "glattgeschliffene Scheinkompromisse" und sei "völlig frei von Polit-Sprech".

Die Kommission warnt vor einem Akademiker-Exodus aus NRW, das bis 2025 um insgesamt eine halbe Million Einwohner schrumpfen werde. "Besorgniserregend" sei, dass NRW bereits heute "die meisten Studierenden, aber die niedrigste Akademikerquote" habe. Gleichzeitig sei die Arbeitslosigkeit höher als in jedem anderen Flächenstaat, weil es hier "zu viele Niedrigqualifizierte" gebe. Die Kommission rät, "Innovation und Produktion", also Hochschulen und Unternehmen, verstärkt zusammenzuführen sowie den Schulbetrieb mehr auf "praktische Begabungen" auszurichten. In einem Katalog von "Warumnicht?"-Fragen hat die Kommission eine Reihe "politischer Tabuthemen" aufgegriffen, die künftig offen in der Politik debattiert werden sollen: Dabei geht es um nachgelagerte Studiengebühren, die nach dem Einkommen der Hochschulabsolventen gestaffelt werden sollen, einen "allgemeinen

Sozialdienst für alle jungen Frauen und Männer", ein "garantiertes Mindesteinkommen für alle", "ein staufreies Ruhrgebiet durch intelligente Autobahnen", die Fortentwicklung der Kernenergie und deren weitere Nutzung als Energiequelle, die Erweiterung der embryonalen Stammzell-Forschung, die Einführung von Bürgerentscheiden in Bund und Land und um ein Kopftuchverbot in allen Schulen.

Der Ministerpräsident will die Erkenntnisse der Kommission in praktische Landespolitik umsetzen. "Da kommt eine große Herausforderung auf Nordrheinwestfalen zu", sagte Rüttgers. Bereits in der kommenden Kabinettssitzung stehe der Bericht, der "ein Pfad in Zeiten der Unsicherheit" sei, auf der Tagesordnung.

"Ich teile die meisten Ansichten, aber nicht alles", sagte Rüttgers. Skeptisch sieht er eine Fortentwicklung der embryonalen Stammzell-Forschung und den Bau neuer Kernkraftwerke. Aufgeschlossen steht der CDU-Linksausleger dagegen der Einführung eines staatlich garantierten Mindesteinkommens für alle gegenüber. "Da habe ich vom Ansatz her kein Problem mit", bekannte Rüttgers, "aber das ist natürlich ein Riesenprojekt." Insgesamt folgt der Ministerpräsident dem Credo seiner Zukunftskommission: "Weg von der Bestandssicherheit für wenige und hin zur Beschäftigungssicherheit für alle." "Unser Bericht ist völlig frei von Polit-Sprech."

Quelle: Aachener Nachrichten, 21. April 2009

Thesenpapier
Abschlussbericht
Materialsammlung

Diskutieren Sie mit!

Was halten Sie von den Vorschlägen der Zukunftskommission?

Geben Sie mir Ihre Rückmeldung